

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**143. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Dezember 1967**

**144. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 14. Dezember 1967**

**145. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 15. Dezember 1967**

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Abgeordneter
Matthöfer | Bis wann muß ein Fernsehteilnehmer sein Gerät abmelden, wenn er die Zahlung der Gebühr für den nächsten Monat vermeiden will? |
| 2. Abgeordneter
Matthöfer | Wie lange muß ein Fernsehteilnehmer, der sein Gerät von einem Händler ohne Fernseh-Rundfunkgenehmigung für Vorführzwecke kauft, auf die Zustellung der Genehmigungs-urkunde in der Regel warten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

- | | |
|------------------------------------|---|
| 3. Abgeordneter
Dr. Ritz | Gibt es eine gesetzliche Vorschrift, nach der ein Eigenheim im Eigentum einer natürlichen Person mit nicht mehr als zwei Wohnungen von der Definition des § 9 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes dann ausgeschlossen ist, wenn dazu ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb gehört? |
| 4. Abgeordneter
Dr. Ritz | Sind seit Inkrafttreten des Zweiten Wohnungsbaugesetzes Eigenheime im Sinne des § 9 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes mit öffentlichen Mitteln auch dann gefördert worden, wenn kleine landwirtschaftliche Betriebe dazugehörten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wissenschaftliche Forschung**

5. Abgeordneter **Strohmayr** Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Errichtung einer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Hochschule in Augsburg nicht fördern will, weil der Wissenschaftsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüber stehen soll?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

6. Abgeordneter **Schmidhuber** Welche Darlehenssumme ist gemäß § 1 des ERP-Investitionshilfegesetzes vom 17. Oktober 1967 (BGBl. I S. 989) privaten Unternehmen zur Finanzierung von Einzelprojekten der Luft- und Wasserreinigung zur Verfügung gestellt worden?
7. Abgeordneter **Schmidhuber** Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, wieviel Anträge privater Unternehmen den zuständigen Behörden der Länder vorgelegen haben?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordneter **Moersch** Welches Ergebnis hat die vom Presse- und Informationsamt in Auftrag gegebene Repräsentativumfrage bei den Studenten über die Auswirkung der Berliner Ereignisse beim Shah-Besuch gehabt?
9. Abgeordneter **Ertl** Welche Reformen beabsichtigt die Bundesregierung — entsprechend der von Bundeskanzler Kiesinger in einem Interview mit der Zeitschrift *Civis* gemachten Ankündigung — in dieser Legislaturperiode auszuklammern?
10. Abgeordneter **Ertl** Welcher Art sind die Ursachen, die die in Frage 9 erwähnte Ausklammerung der von der großen Koalition angekündigten Reformen notwendig machen?
11. Abgeordneter **Fellermaier** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die 16 Seiten-Broschüre des Presse- und Informationsamtes unter dem Titel „Sie wissen ja . . . die Mehrwertsteuer“ bei einer Gesamtauflage von nur 500 000 Exemplaren dazu ausreicht, die Verbraucher in der ganzen Bundesrepublik unmittelbar und ausreichend zu informieren?

12. Abgeordneter
Fellermaier Beabsichtigt die Bundesregierung, vor der Umstellung auf die Nettoumsatzsteuer die Grundzüge des neuen Systems und die Möglichkeiten des Verbrauchers, ungerechtfertigtem Preisverhalten zu entgehen, durch eine großangelegte Aufklärungsaktion (in Tageszeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen usw.) darzustellen?
13. Abgeordneter
Dr. Meinecke Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die vom Bundestag geforderten Berichte künftig gleichzeitig mit der Bekanntgabe an die Presse auch den Bundestagsabgeordneten mitzuteilen?
14. Abgeordneter
Dr. Meinecke Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht in der Lage sind, politische Stellungnahmen zu diesen Berichten lediglich auf Grund von Presse-Kurzinformationen abzugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

15. Abgeordneter
Picard Wie ist die Auffassung der Bundesregierung zu dem Ergebnis einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach zu Fragen der Deutschland- und Ostpolitik vom 5. Dezember 1967?
16. Abgeordneter
Picard Ist die Bundesregierung bereit, den durch die Eigenart der Fragestellung entstandenen Eindruck über die Auffassung der Bevölkerung insbesondere zur Frage der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Aufnahme direkter Gespräche zwischen der Bundesregierung Deutschland und der Regierung im anderen Teil Deutschlands auf geeignete Weise zu korrigieren?
17. Abgeordneter
Picard Hält die Bundesregierung Umfragen wie die in Frage 15 genannten für repräsentativ und förderlich für ihre Bemühungen in der Deutschland- und Ostpolitik?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
Geldner Welche wesentlichsten Gründe sind für das Mißtrauen bestimmend, das nach Ansicht der Bundesregierung in den Ländern Ost- und Südosteuropas gegenüber der Bundesrepublik Deutschland immer noch sehr groß ist?

19. Abgeordneter **Vogt** Haben die Erwägungen der Bundesregierung, für den Spätherbst dieses Jahres Vertreter der Mitgliedstaaten der Sechsergemeinschaft und der Mitgliedstaaten der Beratenden Versammlung des Europarates nach Bonn einzuladen, um über die Möglichkeiten der Errichtung eines Europäischen Jugendwerks zu beraten, konkrete Formen angenommen?
20. Abgeordneter **Vogt** Ist eine solche in Frage 19 erwähnte Einladung inzwischen ergangen?
21. Abgeordneter **Dorn** Hat die Bundesregierung durch ihren nach Seoul entsandten Beobachter bereits einen Bericht über den Prozeß gegen die aus Deutschland entführten Süd-Koreaner erhalten?
22. Abgeordneter **Dorn** Hält die Bundesregierung nicht jetzt, wo die Gefahr von Todesurteilen und Vollstreckungen der in Frage 21 erwähnten Urteile besteht, sofort energische Schritte für erforderlich, um ihren Anspruch auf Rückführung der unter Verletzung des deutschen Rechts aus unserem Lande entführten Süd-Koreaner durchzusetzen?
23. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** Wie beurteilt die Bundesregierung das Verbot des Gebrauchs der deutschen Sprache an einem Ort, der im Geltungsbereich des Grundgesetzes liegt?
24. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** Was wird die Bundesregierung gegen das in Frage 23 erwähnte Verbot unternehmen?
25. Abgeordneter **Dr. Apel** Wie beurteilt die Bundesregierung die Pariser Erklärung der nicht-gaullistischen Fraktionen der WEU-Versammlung zum britischen Beitritt zur EWG?
26. Abgeordneter **Dr. Apel** Wird sich die Bundesregierung an der für den 12. Dezember 1967 vorgesehenen Konferenz beteiligen, auf der der Standpunkt der „Fünf“ zum britischen EWG-Beitritt erörtert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

27. Abgeordneter **Geldner** Ist die Bundesregierung bereit, bei den tschechoslowakischen Behörden auf eine Grenzöffnung des Übergangs Höll im Landkreis Waldmünchen hinzuwirken, die besonders für den Verkehr aus Richtung Nürnberg bedeutungsvoll wäre?

28. Abgeordneter
Dr. Kempfer
- Liegt es angesichts des Ärztemangels auf dem flachen Lande nicht im öffentlichen Interesse, Ausländern, die auf ihre eigenen Kosten in der Bundesrepublik Deutschland studiert und dort die zur Approbation als Ärzte notwendigen Prüfungen gemacht haben, auf ihren Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen?
29. Abgeordneter
Büttner
- In der Annahme, daß der Bundesregierung das „Schwarzbuch der deutschen Kripo“, herausgegeben von der Gewerkschaft der Polizei, und auch der Vermerk auf Seite 92, viertletzter Absatz, bekannt ist, wonach der für die Volkswirtschaft schädlichste Verbrecher der Wirtschaftsstraftäter ist, frage ich, ob die Bundesregierung bereit ist, in Gemeinschaft mit den Ländern die Ausbildung von wirtschaftssachverständigen Kriminalbeamten zu forcieren?
30. Abgeordneter
Büttner
- Ist die Bundesregierung bereit, in Gemeinschaft mit den Ländern ihr Möglichstes zu tun, um wirtschaftssachverständige Staatsanwälte ausbilden zu lassen?
31. Abgeordneter
Büttner
- Würde es nach Ansicht der Bundesregierung eine Entlastung für die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaften bedeuten, wenn ältere Wirtschaftssachverständige und bilanzsichere Buchhalter, die aus konjunkturellen oder aus Gründen der Automatik ihren Arbeitsplatz verloren haben, ihre hilfreichen Dienste den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen?
32. Abgeordneter
Lautenschlager
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung bei der Stellenbewertung der Dienstposten in der, neben der Polizeitruppe bestehenden, Verwaltung im Bundesgrenzschutz an den Grundsätzen fest, daß in der verwaltungsmäßigen Führung dem Amtsinhalt eine geringere Bedeutung beigemessen wird als den vergleichbaren Tätigkeiten in der Truppe?
33. Abgeordneter
Lautenschlager
- Wie vertragen sich die in Frage 32 erwähnten Grundsätze mit der Tatsache, daß die Beamten der Bundesgrenzschutzverwaltung neben der Ausübung ihrer verwaltungsmäßigen Aufgaben — bewaffnet und ausgerüstet wie Angehörige der Truppe — an Übungen und Einsätzen mit den gleichen Rechten und Pflichten eines Vollzugsdienstbeamten teilnehmen müssen?
34. Abgeordnete
Frau Funcke
- Ist die Bundesregierung bereit — so wie in Nordrhein-Westfalen —, eine Bestimmung dahin gehend zu treffen, daß Behörden alle volljährigen weiblichen Personen — unabhängig von ihrem Familienstand — mit „Frau“ anreden, sofern diese nicht erkennbar eine andere Anrede wünschen?

35. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)** Ist die Bundesregierung bereit, eine an das Bebauungsgebiet der Stadt Deggendorf angrenzende Teilfläche von etwa 9 ha des Exerziergeländes des Bundesgrenzschutzes in Deggendorf an die Stadt Deggendorf zu Wohnungsbauzwecken zu veräußern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

36. Abgeordneter **Dr. Hofmann (Mainz)** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf Grund der vielen Morde in der Bundesrepublik in den letzten Wochen — insbesondere Morde an Kindern — bei zweifelsfrei geklärten Fällen die Frage der Einführung der Todesstrafe erneut überprüft werden müßte?
37. Abgeordneter **Ott** Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bestimmung in § 978 BGB, wonach bei gefundenen Sachen, „die in den Geschäftsräumen oder Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt aufgefunden werden“ kein Anspruch auf Finderlohn besteht, den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird und reformbedürftig ist?
38. Abgeordneter **Ott** Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, daß bei Aufrechterhaltung der in Frage 37 geschilderten Rechtslage nicht nur kein Anreiz zur Förderung der Ehrlichkeit des Finders besteht, sondern dem Verlierer das Gefühl der Dankesverpflichtung oft nicht zum Bewußtsein kommt, was leider immer wieder festgestellt werden muß?
39. Abgeordneter **Ott** Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Fundrechts des BGB vorzulegen, der die unterschiedliche Regelung der Finderrechte nach dem Fundort (ob in dem öffentlichen Verkehr dienenden Räumen, Beförderungsmittel usw. oder anderswo) beseitigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter **Ertl** Wie lange beabsichtigt die Bundesregierung, die Ergänzungsabgabe beizubehalten?

- | | | |
|---|---|---|
| 41. Abgeordneter
Lenders | Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die in der Fragestunde vom 26. Oktober 1967 angekündigte Prüfung einer Änderung des Einkommensteuerrechtes für solche ausländische Arbeitnehmer durchgeführt, die nicht das ganze Jahr über unbeschränkt steuerpflichtig sind? | } Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. |
| 42. Abgeordneter
Lenders | Welche Rückwirkungen auf welche lohnsteuerpflichtigen Gruppen deutscher Arbeitnehmer würde eine Änderung des Einkommensteuerrechtes haben, die bewirkt, daß kurzfristig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer keinen Antrag mehr auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen können? | |
| 43. Abgeordneter
Opitz | Ist es richtig, daß die Deutsche Bundesbahn in der Vergangenheit größtenteils von der Bezahlung der Beförderungsteuer freigestellt worden ist? | |
| 44. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) | Welche aufgabenmäßigen und personellen Veränderungen sind für die Bundeszollverwaltung durch die Verwirklichung der EWG zu erwarten? | |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 45. Abgeordneter
Müller
(Berlin) | Treffen Pressemeldungen zu, daß auch nach Einführung der Mehrwertsteuer die Waren, die der Preisauszeichnungsverordnung unterliegen, mit Bruttopreisen ausgezeichnet werden müssen entgegen der Vorschrift des § 14 Abs. 1 des neuen Umsatzsteuergesetzes vom 29. Mai 1967 — wonach Unternehmer bei steuerpflichtigen Lieferungen auf Verlangen der Abnehmer verpflichtet sind, Rechnungen auszustellen, „in denen die Steuer gesondert ausgewiesen ist“? |
| 46. Abgeordneter
Müller
(Berlin) | Trifft es zu, daß die Bruttopreisauszeichnung mit einer größeren Preiswahrheit und Preisklarheit begründet wird? |
| 47. Abgeordneter
Müller
(Berlin) | Hält die Bundesregierung die Bruttopreisauszeichnung für eine größere Preiswahrheit und Preisklarheit als die Nettopreisauszeichnung plus der vom Verbraucher ohnehin zu zahlenden Umsatzsteuer? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|---|---|
| 48. Abgeordneter
Dr. Kempfler | Wann wird der Beteiligungsmodus der Ausgleichszahlungen für die Getreidepreissenkung festgelegt und bekanntgemacht? |
|---|---|

49. Abgeordneter
Dr. Kempfner Wann ist damit zu rechnen, daß die diesbezüglichen Auszahlungen an die Landwirte für das Wirtschaftsjahr 1967/68 erfolgen?
50. Abgeordneter
Reichmann Bis zu welchem Zeitpunkt kann mit der Verordnung zur Erhöhung des Fettgehalts der Trinkmilch von 3% auf 3,5% gerechnet werden?
51. Abgeordneter
Reichmann Welches sind die Gründe der Verzögerung der in Frage 50 erwähnten vor einiger Zeit angekündigten, aus der Sicht von Erzeuger und Verbraucher begrüßenswerter Maßnahme?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

52. Abgeordneter
Dr. Wörner Sind der Bundesregierung Urteile deutscher Gerichte bekannt, in denen mit der Begründung, die Schwarzarbeit sei inzwischen fast schon ein Gewohnheitsrecht geworden, die Anwendung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit abgelehnt und damit die Absichten des Gesetzgebers durchkreuzt werden?
53. Abgeordneter
Dr. Wörner Gedenkt die Bundesregierung, aus dem in Frage 52 Erwähnten Schlußfolgerungen zu ziehen und eine Gesetzesänderung vorzuschlagen?
54. Abgeordneter
Geldner Worauf ist es nach Ansicht der Bundesregierung zurückzuführen, daß Nordbayern mit einer Zuwachsrate an Arbeitslosen von 2,7% im November nach wie vor am stärksten betroffen ist?
55. Abgeordneter
Moersch Nach welchen Gesichtspunkten wirbt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Studentenzeitschriften für Nachwuchs für den höheren Dienst?
56. Abgeordneter
Weigl Ist ab Januar nächsten Jahres für den Bereich der ostbayerischen Arbeitsämter erneut mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen?
57. Abgeordneter
Weigl Trifft es zu, daß z. B. im Bereich des Arbeitsamtes Hof an der Saale im vergangenen Jahr das Arbeitslosengeld z. T. erst 4 bis 6 Wochen nach Antragstellung ausgezahlt wurde?
58. Abgeordneter
Weigl Sind Vorkehrungen getroffen, daß die in Frage 57 angesprochenen Probleme nicht erneut auftreten?

59. Abgeordneter
Dröscher Wie groß ist zur Zeit die Zahl der Arbeitnehmer, deren Rentenanträge von den Ärzten der Sozialversicherung abgelehnt werden mußten, deren Arbeitsvermittlungsfähigkeit aber zur gleichen Zeit von den Vertrauensärzten der Arbeitsämter verneint wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordneter
Kiep In welchem Maße sind kleine und mittlere Unternehmungen am Auftragsvolumen der Bundeswehr beteiligt?
61. Abgeordneter
Moersch Treffen Pressemeldungen zu, wonach Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums in die Wohnung eines Bonner Studenten und Leutnants der Reserve eingedrungen sind, nachdem bekannt geworden ist, daß dieser Leutnant sich bei einer Studentenorganisation betätigt, die durch Demonstrationen hervorgetreten ist?
62. Abgeordneter
Strohmayer Trifft es zu, daß in Augsburg ein amerikanisches Regiment verlegt und durch Verbände der Bundeswehr ersetzt werden soll?
63. Abgeordneter
Strohmayer Ist in diesem Zusammenhang damit zu rechnen, daß der Truppenübungsplatz Stadtbergen-Deuringen ganz oder teilweise für zivile Zwecke freigegeben wird?
64. Abgeordneter
Dröscher In welchem tatsächlichen Umfang sind die bei den zivilen Bediensteten der Bundeswehr zur Zeit bestehenden Befürchtungen berechtigt, die beruflichen Aufstiegschancen der langjährigen Angestellten würden durch die steigende Zahl der Umwandlungen von Angestellten- in Beamtenplanstellen geschmälert?
65. Abgeordneter
Dröscher Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen, die in Frankreich mit der Möglichkeit gemacht werden, den Grundwehrdienst durch eine Tätigkeit als Entwicklungshelfer für den entsprechenden Zeitraum abzuleisten?
66. Abgeordneter
Kern Hat es in diesem Jahr in den Aktenräumen des Bundesverteidigungsministeriums gebrannt?
67. Abgeordneter
Kaifka Wie oft hat es in diesem Jahr im Bundesverteidigungsministerium gebrannt?
68. Abgeordneter
Matthöfer Gibt es eine Ausbildung der Bundeswehr im „verdeckten Kampf“?

69. Abgeordneter
Lenders
- Trifft die Darstellung des „Spiegel“ vom 4. Dezember 1967 zu, wonach Offiziere der Bundeswehr in Form von Planspielen mit den Führungsgrundsätzen des Untergrund- und Bandenkampfes vertraut gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

70. Abgeordneter
Rehs
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den unhaltbaren Zustand, daß Maschinen der Deutschen Lufthansa zwischen Hamburg und Köln nur am frühen Morgen und am Abend verkehren, dadurch zu beenden, daß wenigstens in den späten Vormittagsstunden eine Maschine von Hamburg nach Köln eingesetzt wird, die zwischen 12 und 14 Uhr in Köln ankommt?
71. Abgeordneter
Kubitza
- Worauf ist der sich anbahnende neue Unfallrekord für das laufende Jahr auf den süd-hessischen Autobahnen im Bereich Frankfurt, Würzburg und Mannheim zurückzuführen?
72. Abgeordneter
Kubitza
- Gedenkt die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit den neuen Sicherheitsvorkehrungen an Kraftfahrzeugen in den USA, wo in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Rate der tödlichen Verkehrsunfälle, in Beziehung gesetzt zur Zahl der im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge, um mehr als 5% zurückgegangen ist, für die Bundesrepublik Deutschland irgendwelche Konsequenzen zu ziehen?
73. Abgeordneter
Kubitza
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Angaben des Berufsverbands der Augenärzte Deutschlands etwa 2,5 Millionen Kraftfahrer in der Bundesrepublik Deutschland, die unter Sehstörungen leiden, auch am Steuer auf die erforderliche Brille verzichten?
74. Abgeordneter
Ramms
- Wieviel Ausnahmeanträge zur Senkung der Gütertarife hat die Deutsche Bundesbahn seit Inkrafttreten der Verkehrsnovellen am 1. August 1961 gestellt?
75. Abgeordneter
Ramms
- Wieviel dieser in Frage 74 erwähnten Ausnahmetarife sind von der Bundesregierung genehmigt worden?
76. Abgeordneter
Ramms
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie hoch die Einnahmeausfälle der Deutschen Bundesbahn gewesen sind, die auf Grund der Tarifsenkungen entstanden sind?
77. Abgeordneter
Opitz
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum die Deutsche Bundesbahn mit Inkrafttreten der Mehrwertsteuer zu weiteren Tarifsenkungen kommt, während alle öffentlichen Nahverkehrsunternehmen Tariferhöhungen ankündigen?

- | | | |
|------------------------------------|---|--|
| 78. Abgeordneter
Zebisch | Stimmen Zeitungsmeldungen aus dem oberpfälzischen Grenzgebiet, daß dort wichtige Bauprojekte im Straßenbau nicht mehr durchgeführt werden, weil angeblich die Gelder für die Olympischen Spiele nach München fließen? | } <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 79. Abgeordneter
Zebisch | In welcher Höhe wurden in den letzten zehn Jahren, einschließlich 1968, für den Raum Niederbayern-Oberpfalz Mittel für den Straßenbau vergeben? | |
| 80. Abgeordneter
Zebisch | Kann die bayerische Staatsregierung die zugewiesenen Mittel selbständig verplanen bzw. inwieweit werden sie von der Bundesregierung örtlich projektgebunden zugewiesen? | |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

- | | |
|---|--|
| 81. Abgeordneter
Lautenschlager | Bis wann ist mit den Ausführungsvorschriften zu den §§ 30 und 32 des Arzneimittelgesetzes von 1961 zu rechnen? |
| 82. Abgeordneter
Dr. Enders | Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Zeitungsberichten kürzlich in Hamburg vorgenommene Anwendung eines in der Sowjetunion entwickelten Serums gegen die multiple Sklerose? |
| 83. Abgeordneter
Dr. Enders | Ist die Bundesregierung bereit, falls das Urteil über den neuen Impfstoff positiv ausfällt, auch anderen an multipler Sklerose erkrankten Patienten zu diesem Präparat zu verhelfen? |
| 84. Abgeordneter
Dr. Meinecke | Beabsichtigt die Bundesregierung, Rechtsvorschriften zu erlassen, um die Einfuhr von einwandfreier Speisegelatine und von Konserven, die Speisegelatine enthalten, sicherzustellen? |
| 85. Abgeordneter
Josten | Wie weit hat sich die Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung des Rheines bisher bewährt? |
| 86. Abgeordneter
Josten | Bis wann wird die Entschmutzung des Rheines soweit gediehen sein, daß wieder mit der Herstellung von Freibädern für die Rheinorte begonnen werden kann? |
| 87. Abgeordneter
Josten | Was wird getan, damit auch ausländische Schiffe auf dem Rhein den Entölungsdienst in Anspruch nehmen? |

Bonn, den 8. Dezember 1967